

## R E S O L U T I O N

### **RESOLUTION der Vertreterversammlung der KV Hamburg zur Überlastung der Notaufnahmen und des ambulanten Systems**

Die Vertreterversammlung der KVH weist die Vorwürfe der Krankenhäuser an die Adresse der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit Nachdruck zurück.

Die Behauptungen, dass die Krankenhäuser die aktuelle Ausnahmesituation überwiegend alleine stemmen würden und nur überlastet wären, weil die Niedergelassenen ihrem Sicherstellungsauftrag nicht nachkommen würden, sind weltfremd und grotesk.

Die Praxen der Haus- und Kinderärzte und vieler Fachärzte sind derzeit überfüllt, die Praxisteam am Limit. Die Praxen versorgen insgesamt viel mehr Fälle als in den Vorjahren. Außerdem hat die KV Hamburg die Notfallversorgung außerhalb der regulären Praxisöffnungszeiten in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut: Inzwischen werden acht Notfallpraxen betrieben – sieben davon an Krankenhäusern. Auch der fahrende Notfalldienst wird laufend verstärkt, immer mehr Autos sind auf der Straße. Den Großteil der hierdurch entstehenden Kosten übernehmen die Niedergelassenen im Übrigen selbst.

Die Niedergelassenen sind also alles andere als untätig, sondern erfüllen ihren Sicherstellungsauftrag auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen – in den Praxen und im Notdienst. Darüber hinaus wird an weiteren Lösungen für die akut sehr angespannte Situation gearbeitet.

Die Vertreterversammlung der KVH weist aber darauf hin, dass sich durch die Gesundheitspolitik der Bundesregierung die Situation in den Notaufnahmen der Krankenhäuser, im ambulanten Notfalldienst und in den Praxen weiter verschärfen wird.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind struktureller Natur. Seit Jahren weist die Vertreterversammlung der KVH auf den Ärztemangel hin. Außerdem fordert sie seit Jahren die volle Vergütung aller erbrachten Leistungen.

So lange die Politik diese Kernprobleme nicht abschafft, wird sich die Situation weiter verschärfen. Das was wir jetzt erleben, ist erst der Anfang. Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung wird dazu führen, dass Ärztinnen und Ärzte früher in Rente gehen und weniger Ärztinnen und Ärzte sich dazu entschließen, ambulant tätig zu werden.

**Die VV der KVH fordert das Bundesgesundheitsministerium daher auf, baldmöglichst eine vollständige Vergütung der in Arztpraxen erbrachten Leistungen, einen Energiekosten- sowie einen Inflationsausgleich umzusetzen.**

**Es ist politisch nicht zu verantworten, dass Krankenhäuser in der Krise mit Milliardenbeträgen gestützt werden, die Bezahlung der Praxen aber trotz Mehrarbeit gekürzt wird!**

Die Leidtragenden dieser Politik sind die Patientinnen und Patienten. Daher setzen sich die Vertragsärztinnen und Vertragsärzte sowie die Vertragspsychotherapeutinnen und Vertragspsychotherapeuten mit der Protest-Kampagne „Diese Gesundheitspolitik macht krank“ weiter für eine gute ambulante Versorgung ein.